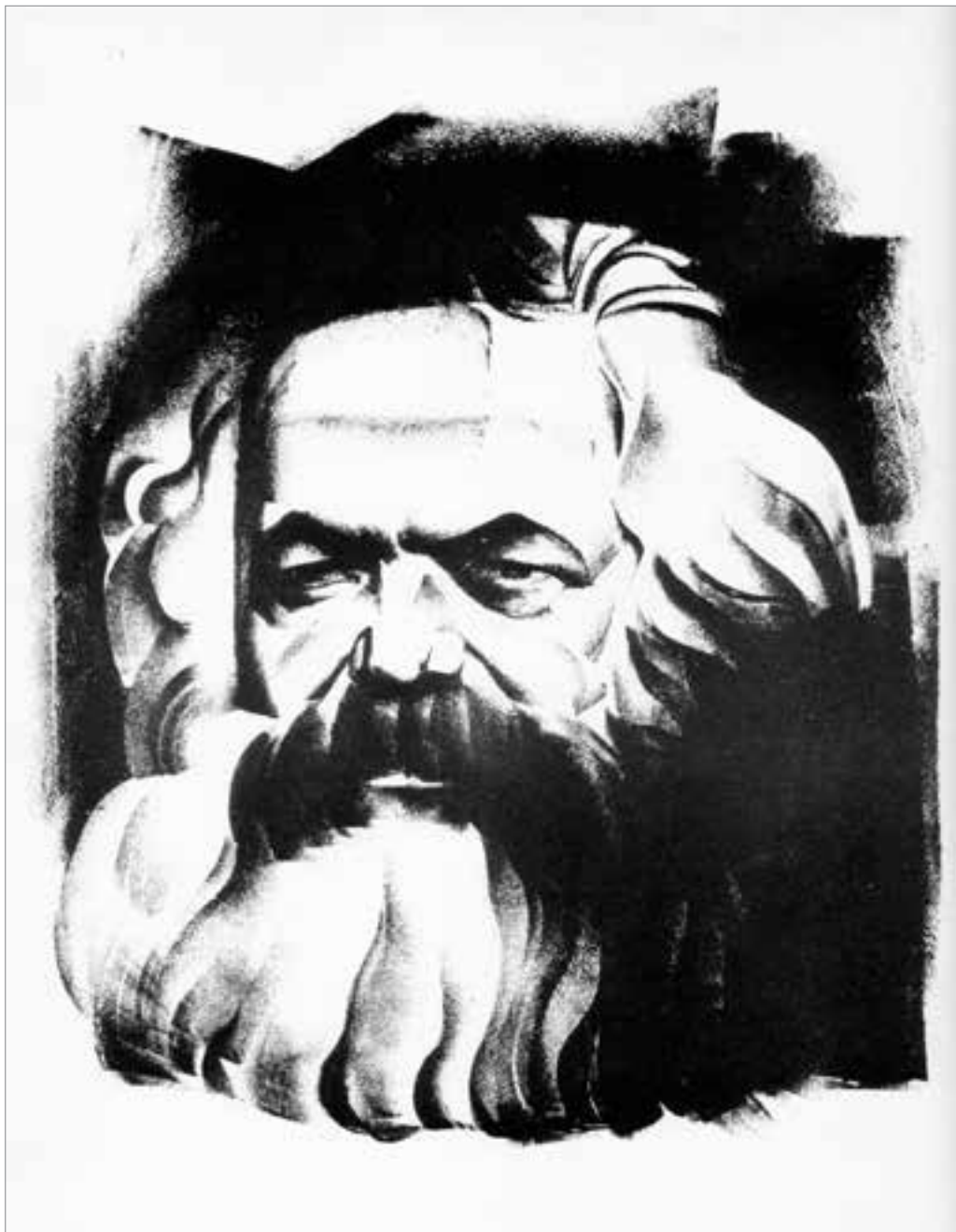

Prof. Dr. Hans Kölsch

Verwechslung der Klassenfronten

Zu Leo Mayers These vom „wertschöpfenden Kapitalismus“



Der Autor des nachfolgenden Beitrags, der am 25. November sein 95. Lebensjahr vollendet, lehrte an der Berliner Humboldt-Universität Wissenschaftlichen Sozialismus. Er war einer der profiliertesten Gesellschaftswissenschaftler der DDR und forschte vor allem auf dem Gebiet der marxistisch-leninistischen Theorie vom Klassenkampf. Jetzt schrieb der mit dem „RotFuchs“ verbundene promovierte Philosoph, der sein ideologisches Pulver stets trocken gehalten hat, für unsere Zeitschrift einen ebenso informativen wie polemischen Beitrag zu einer prinzipiellen Kontroverse. Sie wird zwischen am Marxismus-Leninismus Festhaltenden und Verfechtern davon abweichender Positionen ausgetragen.

Wir veröffentlichen im folgenden den redaktionell nur leicht bearbeiteten und ungekürzten Artikel des nunmehrigen Nestors unter unseren Autoren.



Grafik: Ursula Jobst
(Aus dem Zyklus „Markkleberg“, 1960)

Zu den Ursachen der Krise

Die Ursachen der Krise sind auch die Ursachen für das Leid und Elend von Millionen. Und nur jene Organisationen können im Kampf für den Weg aus der Krise die Kraft einer Massenbasis gewinnen, welche diese Ursachen erkannt haben und gezielt bekämpfen. Deshalb haben die Verantwortlichen für die Krise gegen diese Gefahr ein Bollwerk aus Lügen und Repressionen errichtet, um alternative Kritiken und Aktionen verhindern oder einschränken zu können. Das Hauptargument, mit dem Regierungsfunktionäre im Dienste des Finanzkapitals die krisenverursachende Politik in Europa und speziell in der BRD verteidigen und weiter vorantreiben, besteht in der Lüge, große Teile der Bevölkerung würden über ihre Verhältnisse leben und dafür Sozialsysteme und Kredite mißbrauchen. Das verursache eine Verschuldung, welche die Staatshaushalte krisenhaft belaste. Der Weg aus der Krise könne deshalb nur durch eine rücksichtslose Sparpolitik (Austerität) geebnet werden. Dazu gebe es keine Alternative. Als 1992 in der EU die Grundlagen für eine solche Politik geschaffen wurden, erklärte der damalige Finanzminister Theo Waigel: „Das größte Stabilitätsprogramm, das es jemals in Europa gegeben hat, erlaubt es Regierungen und Parlamenten, von ihren Völkern einschneidende Stabilitätsoffer zu verlangen.“¹ Das nutzt auch die gegenwärtige Regierung der BRD mit ihrem jetzigen Finanzminister.

Auf gleichem Kurs

Unter diesen Bedingungen erscheint es seltsam, wenn Leo Mayer in der durch die DKP herausgegebenen Wochenzeitung „Unsere Zeit“ (UZ) vom 16. 9. 2009 behauptet, die gegenwärtige Krise, ihre Ursachen und ihr Ausgangspunkt ergäben sich aus einer Überkonsumtion der USA-Bevölkerung und besonders der Arbeiterhaushalte. Massenhaft seien dort Eigenheime auf Kredit gebaut worden. Weil aber die Kredite nicht getilgt wurden, seien sogar große Kreditgeber pleite gegangen. Zerschlagen hätten sich dann international auch die Hoffnungen vieler Exporteure, die mit einem dauerhaften und steigenden Konsumbedarf in den USA gerechnet hätten. So habe die Krise ihren Lauf genommen.

Leo Mayer klammerte nicht zufällig die Frage aus, warum die meisten Kreditnehmer in eine Lage geraten sind, in der sie ihre Zinsen nicht mehr bezahlen konnten. In Wirklichkeit sind sie ja nicht Urheber, sondern Opfer der Krise. Doch die Verwechslung der Klassenfronten besitzt ihre Grundlage in einer „Imperialismus-Theorie“, die Leo Mayer konstruiert hat und deren Hauptinhalt vor allem darin besteht, die Erkenntnisse über den Klassenfeind und die Ausbeutung auszulöschen. Dazu gehört auch, daß dessen Produktionsweise keine Ursache der Krise sein könne. Deshalb schiebt Mayer den Ausgebeuteten die Schuld für die Krise in die Schuhe. In dieser Richtung agiert er nicht allein, sondern tut es zusammen mit einer Gruppe, die sich als „Marxistische Linke“ bezeichnet. Deshalb folgen hier kritische Hinweise zu den wichtigsten Thesen dieser Konzeption, für die es keinen Weg aus der Krise gibt.

Eine zentrale Funktion hat die These vom „wertschöpfenden Kapitalismus“. Nach Mayers eigenen Angaben hat er sie von einem Manager des Siemens-Konzerns übernommen, bei dem er freigestellter Betriebsrat war.² Tatsächlich wird als Wertschöpfung in der politischen Ökonomie die Produktion von Gebrauchswerten, von Gebrauchsgütern verstanden. Doch die ist nicht Motiv und Triebkraft der kapitalistischen Produktionsweise, sondern die

Produktion von Mehrwert, aus dem die Kapitalisten ihre Profite gewinnen und ihr Kapital erweitern. Die These vom „wertschöpfenden Kapitalismus“ soll den Eindruck erwecken, daß die ausbeuterische Mehrwertproduktion mit ihren negativen Folgen unter imperialistischen Verhältnissen nicht mehr im Vordergrund steht und auch nicht mehr Motiv wie Triebkraft der kapitalistischen Produktionsweise sei.

Deshalb ist Mayers Imperialismus „kein besonderes Stadium der Entwicklung des Kapitalismus“. Er verkündet vielmehr: „Der hochmoderne Kapitalismus ist der alte geblieben.“ Neu sei lediglich, daß der „Imperialismus die Politik der neoliberalen Fraktion des Kapitalismus“ sei. Der Neoliberalismus sei „nicht nur reaktionär, wie Lenin meint, sondern eine Revolution von oben“, die den ganzen Kapitalismus verändert habe.³

Zur „Revolution von oben“

Die Revolution von oben, die neoliberale Politik, habe ein „neues Modell der Akkumulation, der ökonomischen und politischen Macht, der Ideologie und Kultur“ geschaffen, meint Leo Mayer. Die neoliberale Politik nutze „die großen Spielräume für ihre Politik zur globalen Wertschöpfung“. Das erfordere auch, daß sie die ökonomischen Grundlagen des Kapitalismus nicht infrage stellt, weil der ja noch nicht reif für eine Ablösung durch den Sozialismus sei. Die „globale Wertschöpfung“ führe erst an diese Reifestufe heran. In der Revolution von oben „werden die Produktionsverhältnisse den veränderten Akkumulationsregeln angepaßt“ und dadurch auch Tendenzen zu krisenhaften Störungen abgebaut. „Der gegenseitige Krieg der Konzerne ist durch eine regulierte Rivalität ersetzt worden.“ „Transnationale Organisationsformen der neoliberalen Klassenfraktion und internationale Organisationen tragen dazu bei, Konflikte frühzeitig zu entschärfen.“ Hauptfeind sei „weder der USA-Imperialismus noch der deutsche Imperialismus“. Deshalb sei ein anderes Herangehen an die Politik als zur Zeit der Kommunistischen Internationale erforderlich.⁴ Versuche zu einem unzeitgemäßen Ausbruch aus dem kapitalistischen System würden dem globalen Reifeprozess schaden. Keine Gemeinsamkeit könne es deshalb „mit Kräften geben, die den Prozess der globalisierten Wertschöpfung bekämpfen“. Solche Versuche seien „reaktionär“, „nationalistisch“ und „fundamentalistisch“. Deshalb sei es auch falsch, wenn sich die Werktätigen gegen einen nicht existierenden Hauptfeind im eigenen Lande zusammenschließen. Notwendig sei es, „sich entlang der Wertketten der Produktion um den Globus herum zu organisieren“.

Diese Orientierung stiftet gegenwärtig im DGB Verwirrung und richtet Schaden an. Darüber berichtet Olaf Harms, Sekretär des DKP-Parteivorstandes für Gewerkschaftsfragen und Mitglied der UZ-Redaktion. Viele Beteiligte wüßten nicht einmal, was mit „Wertschöpfung“ überhaupt gemeint sei.⁵

Obwohl sich Mayers Linke marxistisch nennt und vorwiegend scheinbar nur gegen Lenin zu Felde zieht, revidiert sie auch grundlegende Erkenntnisse, die Karl Marx als Existenzbedingung und Grundeigenschaften des Kapitalismus erkannt und aufgedeckt hat. Sie können durch politische Maßnahmen allein nicht aufgehoben werden. Auch die erweiterten und vertieften ausbeuterischen Grundlagen der Krise lassen sich durch ein „neues Modell der Politik“ nicht außer Kraft setzen. Das belegen nicht zuletzt die Erfahrungen des Kampfes gegen die Krisenursachen in Griechenland.

Der große Unterschied

Auf der 1. Tagung ihres 20. Parteitags hat die DKP festgestellt, daß die Ursachen der Krise „im Wesen des Kapitalismus und seiner inneren Widersprüche liegen“. Doch diese Widersprüche haben sich in der monopolistischen, der imperialistischen Entwicklungsetappe des Kapitalismus wesentlich verändert. Zu den alten Methoden der Ausbeutung sind neue hinzugekommen. Eng verbunden sind damit die verstärkten militaristischen Aktivitäten wie auch die zentral organisierten terroristischen Feldzüge des IS. Sie lassen zusätzliche Milliarden in die Kassen der Rüstungskonzerne fließen, die dem Reichtumszuwachs der zivilen Großausbeuter nacheifern. Die neuen Ausbeutungsmethoden mit ihren grenzenlosen Auswirkungen haben Flüchtlingsströme ausgelöst, die einer neuen Völkerwanderung gleichen, wobei die Betroffenen ausgerechnet von einem Ausgangspunkt ihres Elends Hilfe erwarten.

In der vergangenen Entwicklung des Kapitalismus hat sich im Bereich der Ausbeuter ein Groß- oder Hauptausbeuter formiert. Der Kreis der Ausgebeuteten und Benachteiligten hat sich erweitert. Mit den Erkenntnissen über den konkret-historischen Hauptfeind wurden die Erfahrungen und das Wissen zur antimonopolistischen Strategie und Taktik bereichert.

In der BRD hat sich der „Hauptfeind“ als ein neuartiger Zwilling konstituiert. Seit 1970 bereitet der kleinere deutsche Großausbeuter dem größeren – den USA – den Weg, der in Europa von der Katastrophe des Jahres 1990 bis zum Umsturz in Kiew und zur erneuten Kriegsgefahr auf dem Kontinent geführt hat.

In den uns vorliegenden zahlreichen Einschätzungen der Krise sind die kapitalismus-kritischen zwar vorherrschend, aber etlichen Autoren sind wichtige Erfahrungen und Erkenntnisse über die wirkliche Macht des Finanzkapitals inzwischen „verlorengegangen“. „Das Finanzkapital ist eine so gewaltige, man darf wohl sagen, entscheidende Macht in allen ökonomischen und in allen internationalen Beziehungen, daß es sich sogar Staaten unterwerfen kann und tatsächlich auch unterwirft, die volle politische Unabhängigkeit genießen.“⁶ Hierbei handelt es sich auch um jene Erfahrungen und Erkenntnisse, die vom Klassenfeind und seinen Helfern gezielt entstellt, verleumdet oder aus dem Blickfeld gerückt werden. Die realistische Einschätzung der Macht des Finanzkapitals hat nichts mit der These vom „Ultraimperialismus“ zu tun.

Eine weitere wichtige Ursache für die Unterschätzung der Macht des Finanzkapitals besteht in den krassen Unterschieden der sozialen Lage in der BRD und anderen Ländern der EU gegenüber der Situation in ehemaligen Kolonien. Hier wurden mit der Kolonialherrschaft geschichtlich zuerst die verheerenden Folgen monopolistischer Ausbeutungsmethoden für jene Völker sichtbar. Von diesen Folgen haben sich viele dieser Länder bis heute nicht erholt. Und im Fernsehen der BRD verwandeln sich die Nachfahren deutscher Okkupanten in familienfreundliche Oberhäupter und Verwalter ihres Grundbesitzes. Das betrifft auch die großen Unterschiede in der Ausbeutung von Frauen- und Kinderarbeit, die in anderen Ländern bis heute eine hohe Kindersterblichkeit zur Folge haben. In der BRD hat bis in die Gegenwart die Ausbeutung der Frauen, die für gleiche Arbeit nicht den gleichen Lohn wie Männer bekommen, ihre Auswirkungen bis ins hohe Lebensalter. Der erhebliche Anteil von Frauen in Mini-Jobs und bei Mini-Renten und der Altersarmut wird durch Diskussionen mit der Forderung karikiert, in Aufsichtsräten großer Kapitalgesellschaften müsse der Anteil der Frauen in Führungspositionen auf ein gleichberechtigtes Niveau gebracht werden.

Der große Unterschied hat auch Einfluß auf die Ausbeutung der natürlichen Existenzbedingungen des gesellschaftlichen Lebens. Die Verteidigung des imperialistischen Raubbaus verhindert bis heute notwendige ökologische Regelungen zur Versorgung mit gesunder Luft und sauberem Wasser. Jüngst erst haben die G 7 diese in Elmau „auf die Zukunft“ verschoben. Auf diesem Gebiet haben sich auch Organisationen gebildet, die den Kampf für ökologische und klimaschonende Maßnahmen gezielt vom Widerstand gegen ausbeuterische Hindernisse trennen oder deren Einfluß sogar leugnen. Das ebnet in den neoliberalen Parlamenten den Weg nach oben. Hinzu kommt, daß in ähnlicher Weise wie bei der kapitalistischen Ausbeutungspraxis in bezug auf den Mehrwert auch hier Ursachen für den immensen Reichtumszuwachs des Finanzkapitals durch neue Ausbeutungsmethoden verschleiert werden, so daß Erkenntnisse darüber schwerer gewonnen werden können. Das beeinträchtigt vor allem den Zugang der Volksmassen zu Erkenntnissen aus den geschichtlichen Kämpfen der revolutionären Arbeiterbewegung, die bereits vorliegen und genutzt werden können.

Kompliziert und manipuliert

Hier ist nicht der Platz, diese Tatsachen mit den publizierten Fehleinschätzungen zu den Krisenursachen zu vergleichen. Zur häufigsten, der unberechenbaren Diktatur der Finanzmärkte, zitiere ich jedoch die Einschätzung des Spezialisten Jörg Huffschmid, der gründlich über die „Ökonomie der Finanzmärkte“ recherchiert hat. Er stellt fest: „Da die Hauptverantwortlichen einer Finanzkrise aber regelmäßig auch nicht die Hauptgeschädigten sind, haben sie kein Interesse an einer Offenlegung, sondern versuchen sie durch Anonymisierung und Mythenbildung zu verhindern. Dem dient die Behauptung von der Herrschaft der Finanzmärkte.“⁷

Die Manipulation mit der Verbrauchssteuer belegt weiterhin, wie sogar eine Methode mit zweifacher Ausbeutungsfunktion getarnt wird. Diese Abgabe, auch als Mehrwertsteuer bekannt, ist nach der Lohnsteuer die zweitgrößte Steuereinnahme der Regierungsfunktionäre des Finanzkapitals. Damit wird von den notwendigen Ausgaben aller Bürger für ihren Konsum ein Tribut einbehalten, für den der Staat keine Gegenleistungen aufbringt, weil für notwendige staatliche Ausgaben die übrigen Steuereinnahmen ausreichen. Damit operiert die Regierung im Interesse der Monopolunternehmen. Tatsächlich stellt die werktätige Masse der Konsumenten dem Staat durch diese Steuer das Geld zur Verfügung, mit dem Hartz IV finanziert wird. Das nutzen die Großausbeuter, um gleichzeitig millionenfach prekäre Arbeitsverhältnisse zu organisieren, von deren Entlohnung niemand leben kann, aus denen aber Zusatzprofite kassiert werden, ohne daß die Ausgebeuteten zugrunde gehen. Sie verelenden „nur“. Bei diesem Verfahren kassieren sichtbar nicht staatliche Organe, sondern Werk­tätige an den Kassen von Verkaufsmärkten. Die Handelsunternehmen führen die Einnahmen aus der Verbrauchssteuer zusammen mit ihrer Umsatzsteuer ab. Das nutzen die Staatsorgane zusätzlich, um die Verbrauchssteuer aus der amtlichen Statistik als „Umsatzsteuer“ verschwinden zu lassen. Dort wird dann angeblich eine Verbrauchssteuer nur für Tabakwaren und alkoholische Getränke erhoben. Diese Manipulation ist in Publikationen bereits aufgedeckt worden.

Manchen Genossen fällt es schwer, die neuen und verschleierte Methoden der Bereicherung als Ausbeutungsmethoden zu erkennen, die zusätzlich zur Mehrwertausbeutung wirksam sind. Allgemein bekannt ist indes die Tatsache, daß die Ausbeutung, die Aneignung

von unbezahlter Arbeit in Gestalt von Mehrwert und Profit, als ökonomische Kategorie theoretischen Eingang gefunden hat. Sie ist organischer Bestandteil der Erkenntnisse über die kapitalistische Produktionsweise. Doch die neuen, zusätzlichen Ausbeutungsmethoden sind ebenfalls theoretisch als ökonomische Kategorien des monopolistischen Kapitalismus zu erfassen, auch wenn sie z. T. kriminelle Methoden der Bereicherung fördern. Letzteres ist zum Beispiel der Fall, wenn staatliche Sanktionen gegen Hartz-IV-Empfänger verhängt werden, obwohl der Staat keinen Anteil an der Finanzierung der Hartz-IV-Ausgaben hat.

Die zusätzlichen Methoden der imperialistischen Ausbeutung sind auch variabel, also nicht so allgemeingültig wie die im Mehrwert verankerten. Dafür sind die ungleichmäßigen Entwicklungen der kapitalistischen Produktionsweise und auch territoriale Besonderheiten von Bedeutung. All das hat Einfluß darauf, daß die Tatsachen der Ausbeutung, verstärkt durch die diktatorischen Vorgaben der „öffentlichen Meinung“, in den Diskussionen über die Ursache der Krise nur selten im Vordergrund stehen. Dagegen sprechen wichtige Erfahrungen und Erkenntnisse der revolutionären Arbeiterbewegung, die größere Beachtung verdienen. Diese führen vor allem an die Ursachen der Krise heran, was von entscheidender Bedeutung für den zu erkämpfenden Weg aus ihr ist.

Schrankenlos und parasitär

Die Existenzbedingungen der kapitalistischen Produktionsweise sind in der Ausbeutung der „Ware Arbeitskraft“ gegeben.⁸ In der Entwicklungsetappe des monopolistischen Kapitalismus hat diese Ausbeutung neue Dimensionen und einen neuen Charakter angenommen. Sie ist zu einer schrankenlosen und parasitären Ausbeutung mit katastrophalen Auswirkungen geworden. Das ergibt sich daraus, daß das monopolistische Kapital seine Akkumulation vor allem mit Monopol- und Extraprofiten vorantreibt. In einer Welt „rivalisierender Imperien“⁹ ist das mit den bisherigen Ausbeutungsmethoden allein nicht mehr zu verwirklichen. Deshalb wurden die alten durch neue ergänzt und verschärft.

Für diese wird u. a. die erweiterte Funktion des Geldes genutzt. In seinen Forschungsarbeiten hat Karl Marx festgehalten, daß mit der weltweiten Entwicklung der kapitalistischen Warenproduktion das Geld eine neue Funktion gewonnen hat. Es ist zu einem „universellen Tauschmittel“ und „zur allgemeinen Substanz für alle“ geworden.¹⁰ Als Existenzmittel für alle ist das Geld in der Etappe des monopolistischen Kapitalismus zu einem Mittel der Herrschaft über alle geworden. So wurde auch „Finanzkapital“ zu einem Begriff der Imperialismustheorie. Das Geld beutet natürlich nicht aus. Aber es ist in den Händen von Ausbeutern zum notwendigen Mittel für die gegenwärtige katastrophale Ausbeutung mit ihren krisenhaften Folgen geworden. „Ist das Monopol einmal zustande gekommen und schaltet und waltet es mit Milliarden, so durchdringt es mit absoluter Unvermeidlichkeit *alle* Gebiete des gesellschaftlichen Lebens ...“¹¹ Die kapitalistische Ausbeutung hat jetzt „zur Ausplünderung und Unterdrückung der Mehrheit der Erdbevölkerung“ geführt.¹² Der monopolistische Kapitalismus „entwickelte die Grundlagen für die Verstaatlichung der kapitalistischen Produktion, für die Vereinigung der Riesenmacht des Kapitalismus mit der Riesenmacht des Staates zu einem einzigen Mechanismus, der viele Millionen Menschen in einer einzigen Organisation des Staatskapitalismus erfaßt“.¹³ Das begründet „die ungeheuerliche Herrschaft der Finanzoligarchie ...“¹⁴ Diese Herrschaft „legt der gesamten Ge-

sellschaft einen Tribut zugunsten der Monopolisten auf“.¹⁵ Das kennzeichnet den Prozeß, der zur schrankenlosen und parasitären Ausbeutung geführt hat. Die Einschätzungen Lenins stützen sich auf umfangreiche Recherchen auch über die neuen und zusätzlichen Ausbeutungsmethoden des Finanzkapitals, die in weiteren Arbeiten über den Imperialismus enthalten sind.

Neue marxistische Publikationen haben den Klassencharakter und Klasseninhalt ökonomischer Probleme im Blick behalten. Eine ausführliche Dokumentation zu diesem Thema ist in der bereits 1974 vom Dietz-Verlag Berlin herausgebrachten Schrift „Imperialismus heute“ enthalten. Jüngere Arbeiten geben Aufschluß über die doppelt ausbeuterische Wirksamkeit der Verbrauchssteuer, über den Ausbeutungscharakter der „Euro-Währung“, über die Kreditpolitik in der EU, die ganze Länder wirtschaftlich ruiniert. All das wird durch die wichtigen Erkenntnisse ergänzt, die den Wandel vom bürgerlich-demokratischen zum neoliberalen Parlamentarismus betreffen, der in europäischen Ländern dem USA-Vorbild nacheifert.

Die Herrschaft des Finanzkapitals erstreckt sich nicht nur auf die Produktion, deren Triebfeder und Motiv die Erzeugung von Mehrwert ist. Sie betrifft auch das Nationaleinkommen kapitalistischer Länder und Anteile der nationalen und internationalen Arbeitsteilung sowie den darauf beruhenden Handel, der ein Kampffeld rivalisierender Imperien ist. Das hat den mächtigsten Unternehmen des Monopolkapitals die Möglichkeit eröffnet, die Ausbeutung schrankenlos und parasitär voranzutreiben, ohne die Profitrate der Mutterkonzerne oder Stammbetriebe zu belasten. Die wird sogar erhöht. Das geschieht so hintergründig, daß dafür z. T. wirklichkeitsfremde Ursachen vermutet werden, denen nicht minder wirklichkeitsfremde Kritiken und Veränderungsvorschläge entspringen.

Das funktioniert in folgender Weise: Mutterkonzerne oder Stammbetriebe nutzen ihre wirtschaftliche Machtposition, um von Zulieferern wissenschaftlich-technisch hochwertige Leistungen zu verlangen. Obwohl sie wirtschaftlich selbständig sind, müssen sie dafür investieren. Das verschlechtert ihre Profitrate, während der Mutterkonzern allein dadurch hohe Profite einfahren kann, ohne selbst investieren zu müssen. Das treibt die schrankenlose Ausbeutung voran. Sie überschreitet deren äußerste Grenze. Die besteht im notwendigen Minimum der täglichen Zufuhr an Nahrung, ohne die „der Träger der Arbeitskraft, der Mensch, seinen Lebensprozeß nicht erneuern kann, also durch den Wert der physisch unentbehrlichen Lebensmittel“.¹⁶ Das ist ein Ausgangspunkt für vielmillionenfache prekäre Arbeitsverhältnisse geworden, von deren Entlohnung niemand leben kann. Solche Mini-Einkommen werden, um überhaupt existieren zu können, durch ein zusätzliches Arbeitsverhältnis und Freizeitraub oder Hartz IV ergänzt. Die Regelung für Mindestlöhne hat daran wenig geändert und belastet in den meisten Fällen kaum die Mutterkonzerne.

Die Finanzoligarchie eignet sich zusätzlich und legal auch Gelder von Arbeits- und Gewerbeeinkünften anderer sowie öffentliche Mittel an. Dadurch gehen Mittel verloren, die für die Reproduktion (den Werterhalt) verbrauchter Produktivkräfte notwendig sind. Sie betreffen alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens. Politökonomien bezeichnen das als „negative Reproduktion“. Besonders schmerzlich werden solche Verluste im Gesundheitswesen, im Bildungsbereich sowie in der Wohnungswirtschaft spür- und erfahrbar. Parasitär sind hierbei jene Ausbeutungsmethoden, mit denen Profiteure nur abbassieren, ohne einen Beitrag für den Erhalt des gesellschaftlichen Lebens zu leisten¹⁷, was bei der Mehrwertaneignung die Ausbeutung erst ermöglicht.

Das reale Feindbild

Leo Mayer hat das reale Feindbild so „reguliert“, als ob die genannten Ausbeutungsmethoden seinen neoliberalen „Wohlstandspionieren“ völlig fremd seien. Dazu gehören auch jene Vorgänge im Rahmen der EU, an denen die Finanzoligarchen der BRD einen besonderen Anteil haben. Das betrifft die ausbeuterische Funktion des Kredit-systems, das vom Fiskalpakt in der EU gehütet wird. Bekannt sind die verhängnisvollen Machenschaften der Troika und der Eurogruppe. Weitgehend unterschätzt dagegen werden die Funktionen des neoliberalen Parlamentarismus, der den bürgerlich-demokratischen abgelöst hat, was in den USA schon lange Praxis ist.

Dieser Parlamentarismus ist eine raffinierte politische Sperre, mit der verhindert werden soll, daß das Parlament zu einer Tribüne für alternative, d. h. für antiimperialistische Kritik und Aufklärung werden kann. Gleichzeitig wird der Eindruck erweckt, bürgerlich-demokratische Verhältnisse seien noch wirksam. Konzerntreue Parteien lösen sich hier nach politischem Bedarf im Regieren und Opponieren ab. In der BRD dient diese Methode auch dazu, sich scheinbar von faschistischen Praktiken zu distanzieren, mit denen ja der deutsche Parlamentarismus im 3. Reich ganz beseitigt worden ist. Auch hierzu sind die politischen Veränderungen in Griechenland Wegweiser für Zielsetzungen im Kampf gegen die Krise, die von großen Teilen der Bevölkerung auf Grund ihrer Erfahrungen erkannt und unterstützt werden können. Das betrifft konkret den ausbeuterischen Charakter der Euro-Währung und des hier herrschenden Kredit-systems. Dieser wird beim Euro z. T. durch dessen zwiespältige Funktion überdeckt. Sie besteht zunächst einmal darin, daß der Euro als Zahlungsmittel, als einheitlicher Wert, als internationale Kaufkraftparität ins Verhältnis zu der des US-Dollars gesetzt wird. Das ist eine Grundlage für die Anhänglichkeit mancher Länder in bezug auf diese Währung, obwohl sie gleichzeitig für manche Beteiligte in der EU einen großen Nachteil birgt. Der unterschiedliche Reifegrad der Arbeitsproduktivität, der z. T. im unterschiedlichen Pro-Kopf-Anteil am Bruttonational-einkommen ausgewiesen wird, hat zur Folge, daß in den Ländern der Währungsunion der Geldwert des formal einheitlichen Euro auf einem unterschiedlichen Aufwand an Arbeitszeit beruht. Das hat zur Folge, daß im Handel zwischen Ländern mit EU-Währung sich die produktiveren unbezahlte Arbeit jener Länder aneignen können, die über eine geringere Arbeitsproduktivität verfügen.

Der Umfang dieser Ausbeutung ist dann auch vom Volumen des Außenhandels zwischen diesen Staaten abhängig. So hat z. B. der Euro in Portugal einen geringeren Geldwert als in Griechenland. Da aber Portugal seinen Außenhandel zum größten Teil mit Spanien abwickelt, hat es im Vergleich zu Hellas eine geringere Verschuldung. Dann besteht eine Möglichkeit darin, daß besonders benachteiligte Länder mit der Auswahl ihrer Außenhandelspartner Defizite ausgleichen können. Doch das wird z. T. deshalb weniger genutzt, weil die Herrschaft der Monopolkapitalisten auch in übervorteilten Ländern die zusätzlichen Belastungen auf die Werk-tätigen abwälzt. Dagegen richtet sich derzeit ja auch der Kampf und Widerstand in Griechenland. Insgesamt sind die hier genannten Tatsachen der Währungspolitik die Ursache, welche in die nächste Ausbeutungsfalle führen: die Kreditpolitik der EU.

Kredite können hier nur mit antisozialen und gewerkschaftsfeindlichen Methoden getilgt werden. Für die Einhaltung dieser Regelung sorgen vor allem die BRD-Regierung und die Troika. Das ist zugleich ein Grund dafür, daß in der EU auch kapitalistische Regierungen schwächerer Länder bereit sind, das sie schärfstens benachteiligende

Tilgungsprinzip zu akzeptieren, auch wenn das die eigene Nation wirtschaftlich ruiniert, was in der Regel der Fall ist.

Die Kriseneinschätzungen, die eine Überakkumulation vermuten, beachten nicht die erweiterten Ausbeutungsgrundlagen des monopolistischen Kapitalismus, des Finanzkapitalismus. Eine Überakkumulation besteht dann, wenn Kapitalisten für ihr angehäuften Kapital keine profitablen Anlagemöglichkeiten mehr finden, die für den Fortgang der Akkumulation, für die Konkurrenzfähigkeit und Ausbeutung notwendig sind. Doch für den monopolistischen Kapitalismus ist das keine ernsthafte Gefahr. Er eignet sich Gelder auch aus anderen Bereichen als dem der Mehrwertproduktion an. Dafür mußte er nicht einmal etwas investieren. Das ist Bestandteil des „großen Unterschiedes“, der schon genannt und erläutert worden ist. Die diesem Rechnung tragenden Schlußfolgerungen für eine anti-monopolistische, antiimperialistische Etappe der Politik sind zum Teil aufgrund geschichtlich bedingter Widersprüche kompliziert. Das fördert sowohl Fehleinschätzungen als auch ideologische Deutungen. Lenin belegte in seinen Arbeiten, wie sich unter den in Rußland herrschenden Feudalverhältnissen auch dort der Kapitalismus entwickelt hat. In der Revolution von 1905 waren vorkapitalistische und kapitalistische Verhältnisse so miteinander verknüpft, daß die feudal bedingten Gegensätze zwar im Vordergrund standen, die Arbeiterklasse aber und nicht die liberale Bourgeoisie im Kampf gegen sie die Führungskraft darstellte. So war auch die Orientierung auf eine revolutionäre Demokratie keine Kursnahme auf eine bürgerlich-demokratische Ordnung, allerdings auch auf keine sozialistische Demokratie. Das lag 1917 Lenins Aprilthesen zugrunde.

Für manche Theoretiker war das verwirrend. Das wird auch bei einer Bewertung der antifaschistisch-demokratischen Revolution im Osten Deutschlands sichtbar. Sie fegte mit der Bodenreform zunächst feudale Überreste hinweg. Doch die Sowjetarmee erschütterte mit ihrem Sieg die Macht und Herrschaft des Monopolkapitals in einem solchen Maße, daß die antifaschistisch-demokratischen Kräfte wichtige ökonomische Machtgrundlagen in der sowjetischen Besatzungszone erringen konnten, ohne auf militärischen Widerstand zu stoßen. Das führte bei einigen zu der Illusion, daß bereits in diesem Stadium eine sozialistische Umwälzung möglich gewesen wäre. Diese Vorstellung negiert indes die Tatsache, daß die Volksmassen in ihrem Lernprozeß und Handeln stets von jenen Erfahrungen ausgehen, welche sie jeweils besitzen und die von der historisch-konkreten Situation bestimmt sind. Mit deren Veränderung wird ein Kräfteverhältnis erreicht, von dem aus dann weitere Fortschritte in Richtung Sozialismus erkämpft werden können. Die Aufgabe von Revolutionären besteht darin, in richtiger Einschätzung der jeweiligen Etappe, „führend und helfend gegenüber ihnen verwandten und verbündeten Gruppen tätig zu sein“ und so ihre Hegemonie zu verwirklichen. (Gramsci) Noch hat es keine Revolution gegeben, die allein von Revolutionären gemacht worden wäre.

Auf zusätzliche Ausbeutungsmethoden über die Mehrwertabschöpfung hinaus hat Karl Marx hingewiesen. Sie wurden von Kapitalisten genutzt, wenn die Akkumulation nicht so rasch wie erwünscht zunahm. Zu jener Zeit hatte der feudale Großgrundbesitz mit Hilfe der Grundsteuer auf Rohstoffgewinnung und als Fabrikgelände vorgesehene Flächen den Mehrwertanteil der Kapitalisten beeinträchtigt. Auch die manufakturmäßige Produktion ließ den Profit nicht so rasch wie erforderlich steigen. Da haben sich die Kapitalisten über Mieten, Preise und Steuern zusätzlich Mittel angeeignet. Marx verwies hier auf die „sekundäre Ausbeutung, die neben der ursprünglichen herläuft, die im Produktionsprozeß selbst unmittelbar vor sich geht“.¹⁸ Diese

„sekundäre“ Ausbeutung hat mit der Macht des Finanzkapitals einen krisenverursachenden Umfang angenommen, der katastrophale Folgen nach sich zieht.

Die richtige Einschätzung, daß das imperialistische Paktsystem der EU mit dem räuberischen Spardiktat nicht reformierbar ist, schließt jedoch die Möglichkeit nicht aus, in einzelnen Ländern des Paktes Reformen zu erkämpfen, mit denen die Auswirkungen der schrankenlosen und parasitären Ausbeutung eingeschränkt und sogar überwunden werden können. Das setzt allerdings voraus, daß in einem solchen Kampf die Einheit der Arbeiterklasse wirksam und die internationale Solidarität nicht durch Vorbehalte geschwächt wird. Außerdem muß es gelingen, die zwischenimperialistischen Widersprüche im Paktsystem zu nutzen.

Das ist zuerst in solchen Ländern möglich, in denen die antisozialen Folgen der Sparpolitik vor allem von einer ausländischen Macht verursacht werden und der Kampf auch eine Form zur Verteidigung des Selbstbestimmungsrechts der jeweiligen Nation ist. Die notwendige internationale Solidarität muß sich nicht nur gegen die Politik der reaktionären Führungskräfte in der EU durchsetzen, sondern auch Illusionen überwinden, daß mit den extremen imperialistischen Ausbeutungsmethoden zugleich auch jegliche Ausbeutung überwunden werden kann. Hierzulande gilt es zu erkennen, daß nicht *jeder* Kampf um Reformen ein reformistischer ist und daß es keine Möglichkeit gibt, mit der Überwindung des neoliberalen einem antiimperialistisch-demokratischen Parlamentarismus näher zu kommen. Die antisozialen Ursachen der Krise bleiben hier trotz Rekordexporten wirksam.

Eine wichtige Eigenart der diktatorischen Sparpolitik besteht darin, daß von ihr nicht die allgemeine Existenzfähigkeit des Monopolkapitals abhängig ist. Von ihr hängt jedoch die Hegemonie des deutschen Finanzkapitals in der EU ab, weshalb es die „Sparpolitik“ auch am heftigsten verteidigt. Damit ist verbunden, daß die deutsche Finanzoligarchie nicht mehr bedingungslos bereit ist, in Europa die Kastanien für die USA aus dem Feuer zu holen. Solche Widersprüche sind für den Kampf gegen die Kriegsgefahr nicht unbedeutend. Doch der deutsche Imperialismus ist dadurch weder friedensfähig noch „bürgerlich-demokratisch“ geworden. Das kompliziert den Kampf für den Weg aus der Krise.

Auf all diese Fragen muß bei uns eine kollektive Antwort gefunden und eine entsprechende Zielsetzung ins Auge gefaßt werden.

Anmerkungen

- 1 Diese Aussage von Theo Waigel wurde von Leo Mayer 1996 im ISB-Report 29 festgehalten. Vgl. Fred Schmid/Leo Mayer: Euro-Strategien des Kapitals. S. 13. Hier kommt – wie auch in Beiträgen aus den Jahren 2001 und 2002 – die Wirklichkeit von Klassenverhältnissen und Klassenkämpfen noch zur Geltung.
- 2 Leo Mayer/Fred Schmid: Macht der Multis. ISW-Forschungsheft 2003. Hier liegt der Versuch vor, die These vom „wertschöpfenden Kapitalismus“ an den Mann zu bringen, wobei zugleich Tatsachen der kapitalistischen Ausbeutung kritisiert werden.
- 3 Leo Mayer: Beitrag zur Monopol- und Imperialismustheorie. In: Topos (Gesellschaft), Heft 24, Berlin 2005. Hier ist die Grundlage der politischen Konzeption der „Marxistischen Linken“ zu finden.
- 4 Was ist die richtige Position? In UZ vom 3. 4. 2015 (mit verwechselter Autorin)
- 5 Olaf Harms: Knirscht es noch? Oder bricht es schon? UZ vorn 24. 4. 2015
- 6 W. I. Lenin, Werke, Bd. 22, S. 264
- 7 Jörg Huffschmid: Politische Ökonomie der Finanzmärkte. VSA-Verlag, Hamburg 2002, S. 21
- 8 Die umfangreichen Beweise und Erläuterungen dafür sind im „Kapital“ von Karl Marx enthalten. Eine konzentrierte Zusammenfassung darüber hat Friedrich Engels gegeben. Vgl. MEW, Bd. 19, Dietz-Verlag, Berlin 1969, S. 209
- 9 W. I. Lenin, Werke, Bd. 22, S. 273. Lenin hat hier den Begriff „rivalisierende Imperien“ als zutreffende Einschätzung von J. A. Hobson, einem englischen Ökonomen, übernommen.
- 10 Karl Marx: Grundrisse der politischen Ökonomie. Dietz-Verlag, Berlin 1974, S. 90, S. 138, S. 137. Die hier enthaltenen Abschnitte aus den „Grundrissen“ sind in Bd. 42 der MEW nicht enthalten.
- 11 W. I. Lenin, Werke, Bd. 22, S. 241
- 12 W. I. Lenin, Werke, Bd. 33, S. 336
- 13 W. I. Lenin, Werke, Bd. 24, S. 401
- 14 W. I. Lenin, Werke, Bd. 22, S. 231
- 15 W. I. Lenin, Werke, Bd. 22, S. 236
- 16 Karl Marx: Das Kapital (I). MEW, Bd. 23, S. 187
- 17 W. I. Lenin, Werke, Bd. 22, S. 305
- 18 Karl Marx: Das Kapital (III). MEW, Bd. 25, S. 623

Zur Erarbeitung dieses Beitrags trug auch Genossin Erika Baum bei. Dies soll hier – nicht zuletzt aus Anlaß ihres 90. Geburtstages am 3. Juli – dankend erwähnt werden.



Titelgrafik und Abbildungen auf dieser Seite aus Hugo Gellert: Karl Marx` „Capital“ in Lithographs. Ray Long & Richard R. Smith, New York, 1934

Es konnte mir nicht in den Sinn kommen, den landläufigen Jargon einzuführen, in welchem deutsche Ökonomen sich auszudrücken pflegen, jenes Kauderwelsch, worin z. B. derjenige, der sich für bare Zahlung von andern ihre Arbeit geben läßt, der *Arbeitgeber* heißt, und *Arbeitnehmer* derjenige, dessen Arbeit ihm für Lohn abgenommen wird.

Auch im Französischen wird *travail* im gewöhnlichen Leben im Sinn von „Beschäftigung“ gebraucht. Mit Recht aber würden die Franzosen den Ökonomen für verrückt halten, der den Kapitalisten *donneur de travail* und den Arbeiter *receveur de travail* nennen wollte.

Friedrich Engels am 7. November 1883 im Vorwort zur dritten Auflage des „Kapitals“ von Karl Marx